

IGB POLITIK

IGB, Internationaler Gewerkschaftsbund
Dezember 2010



**Menschenwürdige
arbeit** in den IGB-
Kongressentschliessungen

Der IGB vertritt 176 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in 301 Mitgliedsorganisationen und 151 Ländern und Hoheitsgebieten.

Die Gewerkschaftsbewegung hat von jeher die Aufgabe, die Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihrer Familien zu verbessern und sich für die Menschenrechte, soziale Gerechtigkeit, die Gleichstellung der Geschlechter, Frieden, Freiheit und Demokratie einzusetzen.

Angesichts der ungebremsen kapitalistischen Globalisierung ist ein wirksamer Internationalismus heute wichtiger denn je für die künftige Stärke der Gewerkschaftsbewegung und für ihre Möglichkeiten, diese Aufgabe zu erfüllen.

Der Bund ruft die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer weltweit auf, sich in seinen Reihen zusammenzuschließen und ihn zu dem Instrument zu machen, das erforderlich ist, um eine bessere Zukunft für sich und die Menschheit insgesamt zu fordern.

—
IGB
5 Boulevard du Roi Albert II, Bte 1
1210 Brussels
Belgium
Phone: +32 (0)2 224 0211
Fax: +32 (0)2 201 5815
E-mail: <mailto:info@ituc-csi.org>
www.ituc-csi.org

Menschenwürdige arbeit in den IGB- Kongressentschliessungen

Two years after the world found itself facing an all-encompassing, Auch zwei Jahre nach dem Beginn der beispiellosen weltweiten Krise, die so dramatische Folgen für die Realwirtschaft gehabt hat, sind deren verheerende Auswirkungen nicht verklungen. Obwohl von einer Konjunkturerholung gesprochen wird, deutet nur wenig auf ein Ende der Beschäftigungskrise hin. Jeder Arbeitsplatzverlust ist ein menschliches Drama, und bisher sind seit dem Beginn der Krise im Jahr 2008 34 Millionen Arbeitsplätze verloren gegangen und 64 Millionen Menschen in extremer Armut versunken. Wir dürfen daher die globale Notwendigkeit, gemeinsam an einem niemanden ausgrenzenden, gerechteren und demokratischeren System für die Lenkung globaler Finanzmärkte und der globalen Wirtschaft allgemein zu arbeiten, nicht aus den Augen verlieren. Deshalb lautet die Botschaft dieses dritten Welttages für menschenwürdige Arbeit, dass der einzige Weg aus dieser Krise heraus über Wachstum und menschenwürdige Arbeitsplätze – und nicht Austerität – führt; dass gute öffentliche Dienstleistungen unerlässlich für ein menschenwürdiges Leben sind und nicht im Zuge der Haushaltskonsolidierung geopfert werden dürfen; und dass der Finanzsektor für den von ihm verursachten Schaden aufkommen und in den Dienst der Realwirtschaft und realer menschlicher Bedürfnisse gestellt werden muss.

In den beim 2. IGB-Weltkongress (Vancouver, 21. – 25. Juni 2010) verabschiedeten Entschliessungen wird immer wieder auf das Thema menschenwürdige Arbeit eingegangen. Die vier strategischen Ziele der IAO-Agenda für menschenwürdige Arbeit – Schaffung menschenwürdiger und produktiver Beschäftigungsmöglichkeiten; Förderung des Zugangs zu Sozialschutzsystemen; Achtung der Kernarbeitsnormen und ein besserer Dialog zwischen den Sozialpartnern – gelten für alle Themenbereiche, mit denen sich der Kongress befasst hat, inklusive Gleichstellung der Geschlechter, jugendliche Beschäftigte, Wanderarbeitskräfte, nachhaltige Entwicklung und Organisation. In der Entschliessung zum Kongresssthema (Jetzt zählen die Menschen) steht menschenwürdige Arbeit an erster Stelle der sieben Prioritäten des IGB bei seinem Einsatz für globale soziale Gerechtigkeit.

MENSCHENWÜRDIGE ARBEIT IN DEN IGB- KONGRESSENTSCHLIESSUNGEN

Nachstehend wird zusammengefasst, was die Kongressentschliessungen des IGB, die dessen Arbeit in den nächsten vier Jahren leiten werden, zum Thema menschenwürdige Arbeit sagen:

"Der IGB wird beauftragt, darauf hinzuarbeiten, dass menschenwürdige Arbeitsmöglichkeiten für alle zum zentralen Ziel der Wirtschafts- und Sozialpolitik

werden und die entschiedene Umsetzung des Globalen Paktes der IAO für Beschäftigung als Kernstück arbeitsintensiver Krisenbekämpfungsstrategien zu fördern.

Angesichts der positiven Erfahrungen, die mit den ersten beiden Welttagen für menschenwürdige Arbeit gemacht wurden, beauftragt der Kongress den Vorstand, darauf aufzubauen, um den Aktionstag am 7. Oktober zu einer noch größeren, bedeutenderen und wirklich globalen Veranstaltung zu machen, und er fordert alle Mitgliedsorganisationen auf, sich ohne Ausnahme daran zu beteiligen, um seinen Erfolg zu sichern.

Um weiter zur Erreichung des Ziels menschenwürdiger Arbeit für alle beizutragen, verpflichtet sich der IGB zum Einsatz für ein neues Globalisierungsmodell. Er befürwortet einen neuen wirtschaftlichen Entwicklungspfad, der wirtschaftlich effizient, sozial gerecht und ökologisch nachhaltig ist und fordert den IGB und seine Mitgliedsorganisationen auf, in enger Zusammenarbeit mit dem TUAC und den anderen Global-Unions-Partnern für eine grundlegende Neuausrichtung der globalen Wirtschaft zu sorgen, damit die universelle Achtung der Menschenrechte, einschließlich der Arbeitnehmerrechte, die Gleichstellung der Geschlechter, eine nachhaltige Entwicklung mit menschenwürdiger Arbeit für alle und einem Ende der Armut sowie die Streichung der Schulden der am wenigsten entwickelten Länder ohne wirtschaftspolitische Auflagen sichergestellt sind. Dieser neue Pfad muss die Wirtschaft wieder ins Gleichgewicht bringen: Arbeit und Kapital; Frauen und Männer; Realwirtschaft und Finanzwirtschaft; Industrie- und Entwicklungsländer, und zwar durch einen globalen gemeinsamen Entwicklungspakt.

Kohärente internationale Politik

Auf der Grundlage der IAO-Erklärung über soziale Gerechtigkeit aus dem Jahr 2008 muss eine kohärente internationale Politik verfolgt werden, die auf eine sozial ausgewogene und nachhaltige Entwicklung der globalen Wirtschaft abzielt. Die Arbeit an einer globalen Charta für nachhaltiges Wirtschaften,



Burkina Faso

die ein ausführliches Kapitel bezüglich der IAO-Normen und die vollständige Agenda der IAO für menschenwürdige Arbeit beinhaltet, einschließlich eines wirksamen Umsetzungsverfahrens, sollte abgeschlossen werden.

Der Kongress fordert den IGB auf, seine Arbeit zur Umgestaltung des Welthandelssystems im Einklang mit den Prioritäten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer fortzusetzen, durch Maßnahmen sowohl bei der WTO als auch im Rahmen der zunehmenden Zahl bilateraler und regionaler Handels- und Investitionsabkommen, über die in verschiedenen Teilen der Welt verhandelt wird. Handelsabkommen müssen eine gerechte Behandlung der Entwicklungsländer ermöglichen und gegen sie gerichtete ungerechte Handelsbarrieren beseitigen. Dies muss Teil integrierter Bemühungen aller Teile des multilateralen Systems um eine nachhaltige Entwicklung und menschenwürdige Arbeit sein.

Der Kongress unterstreicht, dass die uneingeschränkte Achtung der Kernarbeitsnormen eine fundamentale Stütze des globalen Handelssystems sein muss und bekräftigt seine Befürwortung einer Arbeitnehmerrechtsklausel in den Statuten der WTO, der zufolge sämtliche international gehandelte Produkte im Einklang mit den Kernarbeitsnormen hergestellt und vertrieben werden müssten, als ein unerlässliches Instrument für soziale Gerechtigkeit in einem offenen Welthandelssystem. Zu diesem Zweck sollte die Entwicklung und Anwendung eines Systems gefördert werden, das es ermöglicht, die Identität von Waren besser nachzuweisen. Darüber hinaus sind Systeme erforderlich, um festzustellen, ob die Arbeitnehmerrechte in allen Produktions- und Lieferantenketten geachtet werden. Die WTO sollte eine Arbeitsgruppe für den Bereich Handel, Globalisierung, Entwicklung und menschenwürdige Arbeit einrichten, unter umfassender Beteiligung der IAO und ihrer Träger, um für die universelle und durchsetzbare Achtung der Kernarbeitsnormen zu sorgen. Der Kongress befürwortet zudem die Integration wirksamer Arbeitnehmerrechtsklauseln in bilaterale und regionale Freihandels- oder Investitionsabkommen sowie in Handelspräferenzprogramme.

Der Kongress weist den IGB und die Regionalorganisationen an, mit den Global-Unions-Partnern und den Mitgliedsorganisationen zusammenzuarbeiten, um sich für ein anderes Globalisierungsmodell einzusetzen und gesellschaftliche sowie politische Unterstützung dafür zu mobilisieren, damit menschenwürdige Arbeit, die Gleichstellung der Geschlechter, solide öffentliche Dienste, sozialer Schutz für alle, die Achtung der Menschenrechte, einschließlich der grundlegenden Arbeitnehmerrechte, eine gerechte Einkommensverteilung, eine progressive Besteuerung, eine beschleunigte wirtschaftliche Entwicklung, eine verstärkte Gleichstellung der Industrie- und der Entwicklungsländer und ein Ende der Armut in der Welt erreicht werden können.

Arbeitnehmerrechte Menschenrechte

Neben den vorstehend genannten Zielen bekräftigt der Kongress, dass Arbeitnehmerrechte Menschenrechte sind und dass die Förderung und der Schutz der grundlegenden Arbeitnehmerrechte eine Priorität des IGB ist und bleiben muss. Die Sicherstellung ihrer uneingeschränkten, universellen

Achtung und ihrer Durchsetzbarkeit ist die erforderliche Garantie für die Menschenrechte aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und eine Vorbedingung für ein gerechtes Globalisierungsmodell. Ebenso wie Armut an einem Ort eine Gefahr für den Wohlstand überall darstellt, untergräbt die Verletzung der grundlegenden Arbeitnehmerrechte in einem Land diese Rechte auch in Ländern, in denen sie gegenwärtig geachtet werden.

Die Definition der grundlegenden Arbeitnehmerrechte findet sich in den IAO-Übereinkommen 87 und 98 über Vereinigungsfreiheit und Kollektivverhandlungen, 29 und 105 über Zwangsarbeit, 100 und 111 über Diskriminierung sowie 138 und 182 über Kinderarbeit, und die Erklärung der IAO von 1998 über grundlegende Prinzipien und Rechte bei der Arbeit verpflichtet alle Regierungen ausdrücklich zur Achtung der in diesen Übereinkommen verankerten Grundsätze sowie zu deren Verteidigung innerhalb der multilateralen Organisationen. Die in der IAO-Erklärung über soziale Gerechtigkeit aus dem Jahr 2008 und dem Globalen Pakt für Beschäftigung aus dem Jahr 2009 kodifizierte Agenda für menschenwürdige Arbeit erkennt die Normen zudem als wichtige Komponente einer konzertierten Strategie zur Überwindung der Krise und zur Erreichung einer nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung an. Der Kongress fordert die Regierungen auf, dieser Verpflichtung nachzukommen und, falls nicht bereits geschehen, die genannten Übereinkommen zu ratifizieren.

Die Regierungen sind für den Schutz dieser grundlegenden Menschenrechte in der Gesetzgebung und Praxis verantwortlich. Den Regierungen kommt hier in der Tat eine unerlässliche Rolle zu. Der Kongress bedauert und verurteilt die anhaltenden und weit verbreiteten Verletzungen grundlegender Arbeitnehmerrechte, wo immer sie auftreten, und verpflichtet den IGB zu Bemühungen um deren Beendigung.

Kinderarbeit

Der Kongress ist sich ferner bewusst, dass der Kampf für die Beendigung jeglicher Kinderarbeit, wie in IAO-Übereinkommen 138 definiert, unerlässlich für menschenwürdige Arbeit und ein menschenwürdiges Leben für alle ist und verschiedene Komponenten umfassen muss. Er sollte sowohl eine sektorale Dimension und eine spezifische Strategie für die informelle Wirtschaft als auch eine für die Auseinandersetzung mit der Benachteiligung von Mädchen erforderliche geschlechtsspezifische Dimension beinhalten, ebenso wie die schlimmsten Formen der Kinderarbeit, wie in IAO-Übereinkommen 182 definiert. Dies sollte eng mit der Einhaltung des Mindestbeschäftigungsalters, wie in IAO-Übereinkommen 138 definiert, verknüpft werden. Der Kongress ist sich des engen Zusammenhangs zwischen dem Auftreten von Kinderarbeit und dem Fehlen menschenwürdiger Arbeitsmöglichkeiten für Erwachsene bewusst, und er befürwortet Programme, die auf die Schaffung kinderarbeitsfreier Sektoren oder Zonen und Kampagnen für Bildung für alle abzielen, um Kinderarbeit vollständig zu beseitigen. Regierungen, die ihre eindeutige Verpflichtung zur Beendigung der Kinderarbeit unter Beweis stellen, sollten so umfangreiche internationale Unterstützung wie möglich erhalten, vor allem über das Internationale Programm der IAO zur Abschaffung der Kinderarbeit (IPEC) und dessen Aktionsplan für die

Beseitigung der schlimmsten Formen der Kinderarbeit bis zum Jahr 2016. Ein solcher Plan sollte umfassende Partnerschaften mit Gewerkschaften im Kampf gegen Kinderarbeit beinhalten. Gegen Regierungen und Arbeitgeber, die die Ausbeutung von Kinderarbeit dulden oder davon profitieren, sollten harte Strafen verhängt werden, u.a. durch Handelsmaßnahmen.

Ungleichheit der Geschlechter

Die Ungleichheit der Geschlechter ist ein Hindernis für den Zugang von Frauen zu menschenwürdiger Arbeit. Aufgrund der traditionellen beruflichen Segregation werden Frauen zu oft gering bezahlten wirtschaftlichen Tätigkeiten gezwungen, ungeachtet der Tatsache, ob es sich um gering qualifizierte oder qualifizierte Tätigkeiten handelt. Es ist daher dringend notwendig, sich die Bedeutung und den Wert der Berufe, Branchen und Tätigkeiten, in denen Frauen überrepräsentiert sind, angemessen vor Augen zu führen. Es sollten Vorkehrungen getroffen werden, um Frauen den Erwerb von Qualifikationen für Berufe, Tätigkeiten und Branchen zu ermöglichen, die expandieren und menschenwürdige Arbeitsmöglichkeiten bieten, und den Qualifikationen von Frauen muss derselbe Wert beigemessen werden wie denen von Männern. Frauen sollten zudem dazu ermutigt werden, sich für nicht traditionelle Branchen zu entscheiden, wie etwa für grüne Tätigkeiten. Die Schulungs-, Bildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen sollten die Chancengleichheit von Mädchen und Frauen fördern, und es sollten Initiativen für eine Aufteilung der Familienpflichten zwischen Männern und Frauen ergriffen werden, um Arbeits- und Familienleben angemessen in Einklang zu bringen, vor allem in Bezug auf die Kinder- und Angehörigenbetreuung.

Der Kongress weist den IGB und die Regionalorganisationen an, mit den Global-Unions-Partnern und den Mitgliedsorganisationen zusammenzuarbeiten, um die Kampagne für menschenwürdige Arbeit und ein menschenwürdiges Leben für Frauen zu intensivieren, die darauf abzielt, soziale Gerechtigkeit und die Gleichstellung der Geschlechter am Arbeitsplatz und in den Gewerkschaften zu erreichen, und um die Organisierungskampagne unter erwerbstätigen Frauen fortzusetzen, vor allem in FEZ und in der informellen Wirtschaft, aber auch unter Hausangestellten, Wanderarbeitskräften, Landarbeiter(inne)n, jugendlichen und anderen ungeschützten Beschäftigten; und die Kampagnenarbeit für die Ratifizierung und Durchführung der IAO-Übereinkommen 100 (Gleichheit des Entgelts), 111 (Diskriminierung), 156 (Arbeitnehmer mit Familienpflichten), 169 (Eingeborene und in Stämmen lebende Völker), 175 (Teilzeitarbeit), 177 (Heimarbeit) und 183 (Mutterschutz) sowie der Umsetzung der Empfehlungen der IAO-Konferenz von 2009 bezüglich der Gleichstellung der Geschlechter als Kernstück menschenwürdiger Arbeit auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene zu intensivieren.

Qualitativ hochwertiger öffentlicher Dienste,

Ein nachhaltiges und gerechtes Entwicklungsmodell ist sowohl unerlässlich für menschenwürdige Arbeit als auch ohne sie unmöglich. Der Kongress verurteilt den globalen Trend in Richtung auf die Privatisierung öffentlicher Dienste, durch die Millionen Menschen ihre grundlegenden Menschenrechte verweigert werden. Er bekräftigt erneut, dass das Angebot qualitativ



Hong Kong

hochwertiger öffentlicher Dienste, die für alle zugänglich sind, dazu beiträgt, Armut und Ungleichheit zu vermindern und mehr menschenwürdige Arbeit zu schaffen. Der Kongress fordert ein neues Entwicklungsmodell, das auf dem Wachstum des Binnenmarktes basiert und auf menschenwürdige Arbeit und Einkommensverteilung sowie auf Investitionen in die Menschen mittels Bildung und Gesundheitsversorgung ausgerichtet ist, der regionalen Integration Priorität einräumt und dem Schutz der Umwelt und der Arbeitnehmerrechte gerecht wird.

Neue Entwicklungsmodell

Der Kongress bekräftigt, dass das neue Entwicklungsmodell prioritär auf die Schaffung menschenwürdiger Arbeitsmöglichkeiten für alle und einen ausgewogenen wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt sowie auf eine umweltverträgliche Entwicklung abzielen muss. Er lehnt die ausschließliche Konzentration auf Wirtschaftswachstum und die These ab, dass wirtschaftliche Expansion automatisch zu sozialem Fortschritt führt. Der Kongress fordert alle Regierungen auf, den Trend in Richtung auf mehr Arbeitsplätze in der informellen Wirtschaft und eine Prekarisierung der Arbeit umzukehren, indem sie die Arbeitsgesetze verschärfen, ausweiten und besser in Kraft setzen sowie die Rolle der Arbeitnehmerorganisationen uneingeschränkt anerkennen. Er fordert ferner die Durchführung der IAO-Erklärung über soziale Gerechtigkeit für eine faire Globalisierung sowie eines länderspezifischen Programms der IAO für menschenwürdige Arbeit in jedem Entwicklungsland, was Unterstützung von sowohl multilateralen als auch bilateralen Gebern im Rahmen ihrer Entwicklungszusammenarbeit sowie die Beteiligung der Gewerkschaften auf allen Ebenen und bezüglich sämtlicher Aspekte dieser Maßnahmen erfordert. Die Stärkung der staatlichen Arbeitsaufsicht sollte dabei eine Schlüsselkomponente sein, und die IAO-Übereinkommen 81 (Arbeitsaufsicht) und 129 (Arbeitsaufsicht (Landwirtschaft)) müssen von allen Regierungen ratifiziert und uneingeschränkt umgesetzt werden.

Der Kongress unterstreicht nachdrücklich, dass eine gerechtere Einkommensverteilung eine Vorbedingung für jede Form von nachhaltiger Entwicklung ist. Die Regierungen sollten sich um die Einführung bzw. den Ausbau der Einkommensumverteilungsfunktion ihrer Steuersysteme mittels progressiver Systeme bemühen, die die höchsten Steuerbeiträge aus Kapitalerträgen und von den Wohlhabendsten fordern und Steuererleichterungen für Familien mit niedrigem Einkommen und die Armen vorsehen. In Bezug auf Investitionen müssen Maßnahmen zur Verbesserung der öffentlichen Finanzverwaltung sowie die soziale Infrastruktur im Mittelpunkt stehen, einschließlich Strategien in den Bereichen Gesundheit, Bildung für alle zur Vermittlung von Qualifikationen und Wissen, damit die Menschen selbst Maßnahmen zum Schutz ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen ergreifen können, und Strategien für menschenwürdige Arbeit.

Schutz der Umwelt

Der Kongress betont, dass der Schutz der Umwelt und derjenigen, die gegenüber Umweltschäden am wenigsten geschützt sind, ein integraler Bestandteil des neuen Entwicklungsmodells sein muss. Die Regierungen müssen dafür sorgen, dass ihre Politik dem Umweltschutz Rechnung trägt und dass Strategien für einen "gerechten Übergang" konzipiert werden, um in sozial gerechter und ökologisch verantwortungsvoller Weise für eine nachhaltige Entwicklung zu sorgen. Der Kongress fordert eine umfassende Umgestaltung globaler Produktionssysteme und Verbrauchsmuster, um unsere Gesellschaften und Arbeitsplätze zu schützen und menschenwürdige Arbeit für alle zu sichern und zu fördern. Die Gewerkschaften müssen eine zentrale Rolle bei dieser beispiellosen Umgestaltung spielen.

Millenniums-Entwicklungsziele

Der Kongress fordert die Regierungen auf, an ihrer Verpflichtung zur Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele (MDG) der UN bis zum Jahr 2015 festzuhalten und ihre Bemühungen in diesem Bereich noch zu intensivieren, und er unterstreicht, dass die Förderung menschenwürdiger Arbeit von entscheidender Bedeutung für die Erreichung des ersten MDG, der Beseitigung der Armut, ist. Die Industrieländer müssen die Zusage der UN einhalten und 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) für die offizielle Entwicklungshilfe aufwenden. Zusätzliche Mittel für die Entwicklungsfinanzierung müssen durch neue Bemessungs- und Beitragsformen für internationale Steuern und vor allem Steuern wie eine globale Finanztransaktionssteuer bereitgestellt werden, die auch für Klimaschutzinitiativen verwendet werden könnte.

Globale Unternehmen

Globale Unternehmen sind ebenfalls ein wichtiger Bereich für zielgerichtete Initiativen. Der Unternehmenssektor hat während des vergangenen Jahrzehnts zunehmendes Interesse an dem Konzept der sozialen Verantwortung der Unternehmen, der sogenannte Corporate Social Responsibility (CSR), bekunden müssen. Der Kongress ist sich der Notwendigkeit bewusst, sich weiterhin in angemessener Weise an der öffentlichen Debatte über die CSR sowie an spezifischen Initiativen zu beteiligen, um die legitimen Chancen, die sie bieten, zu

nutzen und Missbräuche zu begrenzen. Die Gewerkschaften sollten die sich aus dem Interesse an der CSR bietenden Gelegenheiten nutzen, um für Respekt vor der Arbeit und der Umwelt zu sorgen und den Dialog zwischen den Sozialpartnern zu fördern und somit ihre gemeinsamen Ziele – Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens und menschenwürdige Arbeit – zu erreichen.

Damit die Gewerkschaften über die zur Erfüllung dieser Rolle erforderliche repräsentative Stärke verfügen, ist zielgerichtete Organisationsarbeit erforderlich. Der Kongress bekräftigt, dass die Beschäftigten nur durch ihre eigene gewerkschaftliche Organisation imstande sind, die Arbeitswelt zu verändern, eine gerechtere Gesellschaft herbeizuführen und für menschenwürdige Arbeit zu sorgen. Durch die Organisation der Beschäftigten versetzen die Gewerkschaften sie in die Lage, sich zu verteidigen und vertreten zu lassen und ihre Ansichten in öffentlichen Angelegenheiten und Tarifverhandlungen zum Ausdruck zu bringen. Es ist daher unerlässlich, dass alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, ungeachtet ihres Standortes oder ihres Beschäftigungsstatus, unter den Schutz eines institutionellen gesetzlichen Rahmens fallen, der ihr Recht auf die freie und gerechte Wahl ihrer Vertretung und auf erfolgreiche Tarifverhandlungen garantiert.

Der Kongress bedauert, dass einer Vielzahl von Beschäftigten diese Rechte aufgrund der Unzulänglichkeit von Gesetzen oder deren Inkraftsetzung, die häufig nicht die gesamte Palette möglicher Arbeitsverhältnisse abdecken, vorenthalten werden. Zeit- und Leiharbeitskräften und von sonstigen Agenturen vermittelten Beschäftigten, selbständigen Auftragnehmern, Hausangestellten, Beschäftigten in der Landwirtschaft, Grenzgängern sowie Beschäftigten in Lieferketten ist die Wahrnehmung ihrer Rechte in der Praxis oft nicht möglich, und die Unternehmen entziehen sich ihren gesetzlichen Arbeitgeberverpflichtungen durch externe Auftragsvergaben und verschleierte sowie verleugnete Arbeitsverhältnisse. Die Zunahme prekärer Tätigkeiten behindert die gewerkschaftliche Organisation; schutzlose Beschäftigte schrecken häufig vor einem Gewerkschaftsbeitritt zurück, selbst wenn sie möglicherweise das Recht dazu haben. Im Falle informeller Tätigkeiten, wie sie der Großteil der Beschäftigten in vielen Entwicklungsländern verrichtet, ist das Vereinigungs- und das Tarifverhandlungsrecht besonders schwer wahrzunehmen.

Junge Menschen

Junge Menschen gehören zu denjenigen, die am meisten unter der globalen Krise zu leiden haben, durch die die Hindernisse für ihren Zugang zu menschenwürdiger Arbeit noch vergrößert wurden. Wenn keine tragfähigen und umgehenden Lösungen gefunden werden, sind die persönlichen Entwicklungs- und Beschäftigungsaussichten Millionen Jugendlicher gefährdet, und es besteht die Gefahr einer verlorenen Generation. Jugendliche, vor allem junge Frauen, werden nahezu dreimal häufiger arbeitslos als ältere Beschäftigte und machen annähernd 40 Prozent aller Arbeitslosen weltweit aus. Jugendliche Beschäftigte werden nicht nur häufiger arbeitslos als Erwachsene, sondern sie gehen auch häufiger einer prekären, informellen und befristeten Beschäftigung nach, mit geringeren Löhnen und weniger sozialer Sicherheit, wobei ihre schulischen Leistungen gewöhnlich nicht

anerkannt werden. Darüber hinaus werden sie häufig unterschiedlich behandelt, was zu einer Diskrepanz zwischen den Arbeitsbedingungen Jugendlicher und ihrer älteren Kolleginnen und Kollegen führt.

Der Kongress unterstreicht, dass das Fehlen menschenwürdiger Arbeitsmöglichkeiten am Anfang des Erwerbslebens die Beschäftigungs- und Lebensperspektiven dauerhaft beeinträchtigen kann und dass die Position jugendlicher Beschäftigter in Entwicklungsländern besonders kritisch ist.

Selbst in Zeiten nachhaltigen Wirtschaftswachstums ist es den meisten Ländern nicht gelungen, genügend menschenwürdige und produktive Arbeitsplätze für junge Menschen zu schaffen, und es ist offensichtlich, dass die Krise langfristige Folgen für sie haben wird. Für Millionen von ihnen ist der Ausschluss von einer Ausbildung, von grundlegenden sozialen Diensten und vom Arbeitsleben harte Realität, was zu sozialer Marginalisierung und Armut sowie zu einer größeren Schutzlosigkeit gegenüber informellen Tätigkeiten führt. Ihre Situation ist der brutalste Ausdruck des durch die Krise entstandenen sozialen Dramas.

Der Kongress unterstreicht die Notwendigkeit einer zielgerichteten und integrierten Politik und Priorisierung der Jugend, um den extremsten sozialen Folgen der Krise entgegenzuwirken, und bekräftigt die Notwendigkeit, die Achtung der grundlegenden Rechte jugendlicher Beschäftigter sicherzustellen. Die Ausbildung, Beschäftigung und das allgemeine Wohlergehen jugendlicher Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen im Mittelpunkt der Gewerkschaftspolitik stehen, um den negativen Auswirkungen der globalen Wirtschaftskrise entgegenzuwirken. Junge Frauen und Männer sind nicht nur die Zukunft, sondern auch die Gegenwart der Gewerkschaftsbewegung und der Gesellschaft allgemein. Ohne eine engagierte und gut ausgebildete Jugend wird eine neue, nachhaltige und faire Globalisierung, bei der die Menschen, deren Arbeitsplätze und ein menschenwürdiger Lebensunterhalt im Vordergrund stehen, nicht realisierbar sein. Es ist notwendig, öffentliche Arbeits- und Beschäftigungssysteme zu stärken und auf nationaler Ebene eine Agenda für menschenwürdige Arbeit für Jugendliche als wirksames Instrument zur Bekämpfung des großen Defizits an menschenwürdiger Arbeit für Jugendliche zu konzipieren. Der Kongress befürwortet nachdrücklich einen gleichberechtigten Zugang zu einer angemessenen Ausbildung, um bessere Ergebnisse auf dem Arbeitsmarkt zu erzielen und für eine verstärkte Geschlechterparität unter Jugendlichen zu sorgen. Ferner bedarf es einer aktiven Arbeitsmarktpolitik, um die Beschäftigungsaussichten Jugendlicher und den Übergang von der Schule ins Arbeitsleben zu verbessern, inklusive Maßnahmen zur Erhöhung des Haushaltseinkommens, zur Schaffung von Arbeitsplätzen, zur Verbesserung der Qualität der Beschäftigung, zur Stärkung des Tarifprozesses, zur Verbesserung des sozialen Schutzes und zur Förderung einer nachhaltigen Entwicklung.

Agenda für menschenwürdige Arbeit

Der Internationalen Arbeitsorganisation kommt eine wichtige Rolle bei der Krisenbewältigung und der Umlenkung der Globalisierung in gerechte und nachhaltige Bahnen, gestützt auf die Agenda für menschenwürdige Arbeit, zu.

Der Kongress sagt der IAO bei der Erfüllung ihres Mandats und ihrer Ziele seine Unterstützung zu.

Der Kongress begrüßt die Verabschiedung des Globalen Paktes der IAO für Beschäftigung als eine auf menschenwürdige Arbeit ausgerichtete Reaktion auf die Krise und als Grundlage für ein neues, auf Gerechtigkeit und Gleichstellung basierendes Globalisierungsmodell. Er unterstreicht die Bedeutung der Forderung des Paktes nach einer lohngesteuerten Erhöhung der Gesamtnachfrage; sozialem Schutz für alle mittels einer sozialen Grundsicherung; der Achtung der internationalen Arbeitsnormen; der Gleichstellung der Geschlechter; der Förderung eines Handels- und Entwicklungsmodells, das den Entwicklungsländern den politischen und finanziellen Spielraum gibt, um eine industrielle Basis aufzubauen; sowie nach einem neuen Wirtschaftsmodell, das die Entwicklungsländer fair behandelt und unterstützt und im Dienste der Realwirtschaft steht.

Der Kongress fordert daher die Regierungen, die Arbeitgeber und die Organisationen des multilateralen Systems auf, die darin enthaltenen Empfehlungen in Zusammenarbeit mit der Gewerkschaftsbewegung auf nationaler und internationaler Ebene umzusetzen.

Der Kongress begrüßt darüber hinaus erneut die Erklärung der IAO von 2008 über soziale Gerechtigkeit für eine faire Globalisierung. Indem sie soziale Gerechtigkeit in den Mittelpunkt der globalen Wirtschaft rückt, menschenwürdige Arbeit als Mittel zu diesem Zweck herausstellt und an das Mandat der IAO erinnert, alle internationalen Maßnahmen wirtschaftlicher und finanzieller Art im Licht des grundlegenden Ziels der sozialen Gerechtigkeit zu prüfen, bietet die Erklärung einen relevanten und unverzüglichen Rahmen für die Auseinandersetzung mit der globalen Wirtschafts- und Sozialkrise. Der Kongress ruft zu intensivierten Bemühungen um die Umsetzung der Bestimmungen der Erklärung und der sie begleitenden Entschliebung auf.

Der Kongress unterstützt die Führungsrolle der IAO bei der Förderung



Belgium

von internationaler politischer Kohärenz und ermutigt sie daher dazu, ihre Arbeit zu vertiefen, um die Auswirkungen der WTO-Regeln und bilateraler Handelsabkommen auf Beschäftigung und menschenwürdige Arbeit zu evaluieren. Der Kongress ruft ferner zu einer verstärkten Zusammenarbeit zwischen der IAO und den internationalen Finanzinstitutionen auf, um zu gemeinsamen Maßnahmen zur Förderung von menschenwürdiger Arbeit anzuregen. Ihnen gegenüber wie auch gegenüber der WTO sollte die IAO in adäquater Form Parteienstellung erhalten, um Arbeitnehmerinteressen bei der Konzipierung und Implementierung politischer Maßnahmen stärker zur Geltung bringen zu können. Die IAO sollte ihre Mitgliedsstaaten zudem intensiver bei der Ausarbeitung und Durchführung nationaler Programme für menschenwürdige Arbeit unterstützen.

Der Kongress befürwortet die Stärkung der Rolle der IAO innerhalb der neuen globalen Ordnungsstrukturen und ermutigt sie dazu, in ihrer Kapazität als wichtigstes Zentrum für den globalen sozialen Dialog im G20/G8-Prozess sowie in den UN-Strukturen eine herausragende Position einzunehmen. Der Kongress begrüßt die Beteiligung der IAO an der Hochrangigen Arbeitsgruppe der UN für die weltweite Nahrungsmittelkrise als Mittel zur Förderung menschenwürdiger Arbeit in der Landwirtschaft. Er befürwortet die Aufforderung der G20 an die IAO, in enger Zusammenarbeit mit den IAO-Trägern eine Qualifizierungsstrategie zu entwickeln, einschließlich einer deutlichen sektoralen Dimension.

Der Kongress unterstreicht die grundsätzliche Verantwortung der IAO, für den Erhalt der zentralen Bedeutung des Arbeitsverhältnisses als Schlüsselinstrument für die Verwirklichung von menschenwürdiger Arbeit und sozialem Fortschritt zu sorgen und fordert sie auf, diesem Arbeitsbereich Priorität einzuräumen, indem u.a. die Umsetzung der Empfehlung 198 betreffend das Arbeitsverhältnis (2006) gefördert wird. Die länderbezogenen Programme der IAO für menschenwürdige Arbeit müssen die einzelnen Länder dabei unterstützen, die Probleme zu überwinden, denen sich schutzlose und prekär Beschäftigte gegenübersehen, wobei Wanderarbeitskräften und denjenigen, die informell beschäftigt sind, besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden muss.

Der Kongress unterstreicht die Notwendigkeit, die Aktivitäten des IPEC zur Beseitigung von Kinderarbeit auszuweiten sowie die Bedeutung seiner technischen Zusammenarbeit, unter umfassender Beteiligung der Gewerkschaften als Partner bei der Implementierung.

Der Kongress weist den IGB und die Regionalorganisationen an, mit den Global-Union-Partnern und den Mitgliedsorganisationen zusammenzuarbeiten, um:

- sich in enger Zusammenarbeit mit der Arbeitnehmergruppe der IAO um die Stärkung der IAO-Kapazitäten im Bereich der menschenwürdigen Arbeit zu bemühen sowie den Globalen Pakt für Beschäftigung und die Erklärung über soziale Gerechtigkeit umfassend in Kraft zu setzen;
- die Präsenz und die Rolle der IAO in der G20 und in anderen Foren,

die sich mit der Krisenbewältigung befassen, weiterhin zu untermauern;

- eine globale Kampagne für die Ratifizierung und Umsetzung der im Globalen Pakt für Beschäftigung als besonders krisenrelevant herausgestellten Normen einzuleiten;
- die Entwicklung neuer internationaler Arbeitsnormen der IAO in relevanten Bereichen zu unterstützen;
- die Ratifizierung und Umsetzung der acht Kernübereinkommen der IAO zu fördern, mit besonderem Schwergewicht auf Vereinigungsfreiheit und Tarifverhandlungen, ebenso wie der übrigen Übereinkommen, die nach Ansicht der IAO-Arbeitsgruppe für die Politik zur Neufassung von Normen auf dem neuesten Stand sind, der das Prinzip der Dreigliedrigkeit, Beschäftigungspolitik und Arbeitsaufsicht regelnden Normen sowie der geschlechtsspezifischen Normen in Bezug auf Mutterschutz, Arbeitnehmer mit Familienpflichten, Heim- und Teilzeitarbeit;
- die Dreigliedrige Grundsatzerklärung der IAO über multinationale Unternehmen und Sozialpolitik und ein wirksames Folgeverfahren verstärkt als Maßstab für gutes Unternehmensverhalten, auch im Rahmen globaler Lieferantenketten, herauszustellen;
- eine Politik zu fördern, die Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit in den Mittelpunkt wirtschafts- und sozialpolitischer Maßnahmen im Rahmen der Globalen Beschäftigungsagenda der IAO rückt;
- länderbezogene Programme für menschenwürdige Arbeit auf der Grundlage einer ausgewogenen Berücksichtigung der vier strategischen Ziele der IAO und der uneingeschränkten Beteiligung der Gewerkschaften an ihrer Ausarbeitung und Durchführung zu fördern;
- zur Entwicklung von Indikatoren für menschenwürdige Arbeit als Instrument zur Feststellung der Fortschritte seitens der Mitgliedsstaaten und für die Datensammlung anzuregen;
- die Rolle des Internationalen Schulungszentrums der IAO in Turin bei der Umsetzung der Agenda für menschenwürdige Arbeit zu stärken, basierend auf den strategischen Zielen der IAO und unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, einschließlich der Ermöglichung eines Kapazitätsausbaus von Arbeitnehmerorganisationen angesichts der Notwendigkeit alternativer Lösungen für die globale Wirtschaftskrise.

Demokratie, Frieden und Sicherheit

Die Förderung von Demokratie, Frieden und Sicherheit ist ebenfalls unerlässlich für menschenwürdige Arbeit. Konflikte haben ihren Ursprung häufig in wirtschaftlichen und sozialen Entbehrungen. Die Aufwendung zusätzlicher

Mittel, einschließlich Entwicklungshilfe, für die Schaffung menschenwürdiger Arbeitsmöglichkeiten, vor allem für junge Menschen, ist bei der Auseinandersetzung mit den Ursachen von sozialer Instabilität und Konflikten von zentraler Bedeutung. Mit ihren bleibenden Werten – soziale Gerechtigkeit, Solidarität, Nichtdiskriminierung und Toleranz – sowie mit ihrer Rolle und Präsenz am Arbeitsplatz und in der Gesellschaft verfügen die Gewerkschaften über einzigartige Kapazitäten, um auf Frieden und die Vermeidung von Konflikten hinzuwirken sowie mit deren Nachwirkungen umzugehen. Der Kongress würdigt den Mut der Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter in aller Welt, die sich über Konfliktgrenzen hinweg um Frieden und Verständnis bemühen, wie etwa im Nahen Osten.

Der Kongress begrüßt die im August 2008 mit Unterstützung des IGB zustande gekommene Vereinbarung zwischen der Histadrut und dem PGFTU über die Rechte palästinensischer Beschäftigter als Meilenstein und würdigt zudem die Initiativen der Globalen Gewerkschaftsföderationen in ihren jeweiligen Sektoren zur Unterstützung der Zusammenarbeit bei der Verteidigung der Arbeitnehmerrechte. Diese Vereinbarung und andere Maßnahmen zur Förderung von menschenwürdiger Arbeit und einer Beendigung von Diskriminierung sind unerlässlich für die Schaffung einer Grundlage für eine gerechte und gleichmäßige wirtschaftliche Entwicklung.

Hunderttausende palästinensische Beschäftigte können unter den derzeitigen Bedingungen keine Arbeit finden, was zu weitverbreiteter Verzweiflung und Desillusion führt, und der Kongress fordert dringende Maßnahmen, um die Schaffung menschenwürdiger Beschäftigungsmöglichkeiten für sie zu unterstützen. Der Kongress verpflichtet den IGB, den Ausbau der Zusammenarbeit zwischen der palästinensischen und der israelischen Gewerkschaftsbewegung weiterhin zu unterstützen und ersucht die internationale Gemeinschaft, den wirtschaftlichen Wiederaufbau und die Entwicklung Palästinas zu fördern, u.a. durch den Palästina-Fonds der IAO für Beschäftigung und sozialen Schutz.

Die Arbeit im Bereich des Klimaschutzes kann wichtige Möglichkeiten bieten. Die globale Krise erfordert eine Transformation globaler Produktions- und Verbrauchssysteme, um unsere Gesellschaften und Arbeitsplätze nachhaltiger zu machen und menschenwürdige Arbeit für alle zu sichern und zu fördern. Die Gewerkschaften müssen eine zentrale Rolle bei dieser beispiellosen Transformation spielen.

Grüner und menschenwürdiger Arbeitsplätze

Der Kongress betont das immense Potenzial für die Schaffung grüner und menschenwürdiger Arbeitsplätze, das sich aus einem erfolgreichen und gerechten Übergangsprozess ergibt, der in allen Wirtschaftssektoren und weltweit für neue grüne Arbeitsmöglichkeiten sorgt, potenziellen Konjunktur-, Beschäftigungs- und Lohneinbußen in bestimmten Sektoren und Regionen zuvorkommt und die Schwächsten schützt. Er begrüßt den vom IGB gemeinsam mit dem UNEP, der IAO und der IOE veröffentlichten Bericht über grüne Arbeitsplätze und ruft dazu auf, dessen Schlüsselergebnisse bei der

nationalen und internationalen Politikentwicklung zu berücksichtigen.

Der Kongress weist den IGB und die Regionalorganisationen an, mit den Global-Union-Partnern und den Mitgliedsorganisationen zusammenzuarbeiten, um für ein nachhaltiges globales Entwicklungsmodell einzutreten, sich weiterhin um grüne Arbeitsplätze und einen gerechten Übergang zu bemühen, die Verbindungen zwischen nachhaltiger Entwicklung, natürlichen Ressourcen, Klimawandel und der Arbeitswelt sowie die Rolle, die die Gewerkschaften in diesen Bereichen spielen können, deutlicher hervorzuheben.

Migration

Migration ist ein universelles und unablässig an Bedeutung gewinnendes Phänomen in der Arbeitswelt, und die Zahl der Migrant*innen wird auf gegenwärtig 200 Millionen geschätzt, nahezu die Hälfte davon Frauen. Die Zunahme der Migration geht auf die ungleichmäßigen und negativen Auswirkungen der Globalisierung – Armut, Arbeitslosigkeit, eklatante Einkommensunterschiede, Unterbeschäftigung, Mangel an Demokratie, schlechte Regierungsführung, Umweltzerstörung – sowie auf Naturkatastrophen, Konflikte und das Streben der Menschen nach menschenwürdiger Arbeit und einem menschenwürdigen Leben für sich und ihre Familien zurück. Migration darf nicht die einzige Möglichkeit sein, um Armut oder Unterdrückung zu entkommen. Der Kongress stellt fest, dass die internationalen politischen Entscheidungsträger die Verantwortung haben, für eine gleichmäßige Entwicklung und menschenwürdige Arbeit zu sorgen, damit es nicht zu unfreiwilliger Migration kommt.

Der Kongress weist den IGB und die Regionalorganisationen an, mit den Global-Union-Partnern und den Mitgliedsorganisationen zusammenzuarbeiten, um Fragen im Zusammenhang mit menschenwürdiger Arbeit für Wanderarbeitkräfte und deren Rechten in gewerkschaftliche Schulungsprogramme und Publikationen zu integrieren, wobei besonders darauf geachtet werden sollte, dass Gewerkschaftsmitglieder und führende Gewerkschaftsvertreter/innen über Arbeitsmigration, deren Ursachen und die erforderliche Solidarität der Gewerkschaften mit Arbeitsmigrant*innen unterrichtet werden.

Sozialschutz

Eins der strategischen Ziele der IAO-Agenda für menschenwürdige Arbeit ist der Sozialschutz. Der Kongress bekräftigt seine Verpflichtung zur Ermöglichung eines angemessenen Sozialschutzes für alle, wobei jenen prioritäre Aufmerksamkeit geschenkt werden muss, die keinen Zugang zu grundlegenden sozialen Sicherheitsnetzen haben, wie Arbeitslosen und denjenigen, die informelle Tätigkeiten verrichten und insbesondere Frauen und Jugendlichen. Der Kongress unterstreicht die tragende Rolle des Staates bei der Bereitstellung, Unterstützung, Förderung und Ausweitung des sozialen Schutzes. Er unterstreicht ferner, dass die Leistungen nicht diskriminierend, angemessen und sicher sein sollten und dass die finanzielle Nachhaltigkeit sozialer Schutzsysteme gewährleistet sein muss. Die Gewerkschaften und Arbeitgeberorganisationen sollten in ihre Konzipierung und Verwaltung einbezogen werden. Der soziale Dialog und eine dreigliedrige, gleichberechtigte

Teilhabe sind wesentliche Instrumente für das Zustandekommen eines gerechten und wirksamen Konsensmodells.

Der Kongress bedauert die gegenwärtigen Unzulänglichkeiten bezüglich der Reichweite des Sozialschutzes. Die steigende Arbeitslosigkeit sowie die zunehmende Informalisierung und Prekarisierung der Arbeit haben dazu geführt, dass immer mehr Beschäftigte nicht oder kaum abgesichert sind. Dort, wo derartige informelle und prekäre Tätigkeiten auf das skrupellose Verhalten der Arbeitgeber zurückgehen, sind strenge Sanktionen erforderlich. Die Regierungen müssen informell Beschäftigte rechtlich absichern, damit sie nachhaltig von sozialen Schutzmaßnahmen profitieren können. Falls kein Arbeitgeber vorhanden ist und die betroffenen Beschäftigten einen Weg finden müssen, um in der informellen Wirtschaft zu überleben, müssen sie und ihre Familien Zugang zu sozialen Sicherheitsnetzen haben.

Der Kongress ist besorgt über die in vielen Ländern stattfindende Aushöhlung des Schutzes für atypisch Beschäftigte wie Zeit-, Teilzeit-, Leih- oder befristet eingestellte Arbeitskräfte. Sie sollten nicht auf der Grundlage ihrer Beschäftigungssituation von beitragsfinanzierten Sozialschutzsystemen ausgeschlossen sein und müssen dieselben Ansprüche haben wie andere Beschäftigte. Die staatlichen Regulierungs- und Inkraftsetzungsverfahren müssen ausgeweitet werden, um sicherzustellen, dass atypisch Beschäftigte dieselben Rechte in wirksamer Weise wahrnehmen können.

Arbeitsschutz

Der Kongress fordert den IGB ferner auf, Kampagnen durchzuführen, um zu verhindern, dass Beschäftigte aufgrund von Chemikalien oder Gefahrstoffen wie Asbest ums Leben kommen, verletzt werden oder erkranken und um dafür zu sorgen, dass die betrieblichen Praktiken die reproduktive Gesundheit von Frauen und Männern schützen. Er fordert alle Regierungen auf, die IAO-Übereinkommen bezüglich des Arbeitsschutzes zu ratifizieren und umzusetzen, vor allem IAO-Übereinkommen 187 über den Förderungsrahmen für den Arbeitsschutz. Der Kongress unterstreicht die Notwendigkeit seitens der Regierungen, IAO-Übereinkommen 81 über die Arbeitsaufsicht zu ratifizieren und den Umfang sowie die Qualität öffentlicher Aufsichtssysteme zu verbessern, um zu verhindern, dass die Arbeitnehmerrechte und Arbeitsschutzbestimmungen verletzt werden.

Der Kongress ermutigt die Gewerkschaften zur Integration von Arbeitsschutzklauseln in Tarifverträge. Er würdigt und befürwortet die Verabschiedung der Ibero-amerikanischen Arbeitsschutzstrategie als Muster, das auf andere Regionen ausgeweitet werden kann und ruft die Regierungen und Arbeitgeberorganisationen auf, sich zur Weiterentwicklung dieser Strategie und zu deren Inkraftsetzung im Rahmen des drei-gliedrigen sozialen Dialogs zu verpflichten.

Der Kongress weist den IGB und die Regionalorganisationen an, mit den Global-Union-Partnern und den Mitgliedsorganisationen zusammenzuarbeiten, um:

auf den Aufbau eines umfassenden, gerechten, umverteilenden, universellen Modells der sozialen Sicherheit hinzuarbeiten, bei dem der Staat die Verantwortung für die Garantie des Schutzes aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer trägt, ungeachtet ihres Beschäftigungsstatus, Standortes oder ihrer Staatsangehörigkeit, um auf diese Weise die Grundlagen für das Gesellschaftsmodell zu schaffen, das alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verdienen;

sich gemeinsam mit der IAO für die Ausweitung des sozialen Schutzes für alle einzusetzen;

sich für die Verbesserung des Arbeits- und Gesundheitsschutzes in allen Ländern einzusetzen, auch hinsichtlich einer Exposition gegenüber gefährlichen chemischen Stoffen, psychosozialer Risiken und anderer berufsbedingter Verletzungen und Arbeitsunfälle



Azerbaijan

Verantwortlicher Herausgeber im Gesetz:

Sharan Burrow, Generalsekretär

IGB

5 Bd du Roi Albert II, Bte 1, 1210-Brüssel, Belgien

Tel: +32 2 2240211, Fax: +32 2 2015815

E-Mail: press@ituc-csi.org • Web Site: <http://www.ituc-csi.org>

Layout: **Vicente Cepedal**